

## **Ankauf gestohlener Steuerdaten**

Man ist entsetzt. Einmal darüber, dass die deutsche Regierung strafbar erworbene Daten "kaufen" will. Kaufen geht doch gar nicht. Ein solches Geschäft ist sittenwidrig, (§ 138 BGB). Dennoch will Frau Merkel Steuergeld dafür bezahlen. Schäuble hat auch nicht den Mumm zu widersprechen. Hat denn diese Regierung jedes Rechtsgefühl und Rückgrat verloren?

Noch mehr aber sind wir betroffen darüber, dass sich in Deutschland kein Sturm der Entrüstung erhebt. Vom Kanzler bis zum Amtsboten muss jeder Amtsträger geloben, das Grundgesetz und die Gesetze zu wahren und schützen. Der Staat aber, dessen eigentlicher Zweck Schaffung und Sicherung des Rechts ist, bricht hier das Recht offen und zynisch. **Und niemand regt sich auf.**

Der langfristige Schaden dieses Rechtsbruchs wird den kurzfristigen Vorteil weit überwiegen.

National: Wer soll sich im Zweifel für das Recht entscheiden- wenn der Staat mit diesem Beispiel vorangeht? Es ist einfach lächerlich, z.B. Schwarzarbeit oder Sozialbetrug als rechtswidrig zu brandmarken - der Staat tut es doch selbst!

International: Und wir wollen anderen etwas von Rechtsstaat erzählen?? Der Ansehensverlust ist schon heute gewaltig.

Das wäre -so sind wir überzeugt - in Preußen nicht passiert. Wir wünschen der Strafanzeige viel Erfolg. Glauben können wir an diesen aber nicht. In Preußen mag es mutige Richter gegeben haben - aber in der Merkel - BRD?

M. A.

3.2.10

**Gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel ist bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafanzeige wegen des geplanten Ankaufs einer Steuersünder-CD gestellt worden. Sie sei der Anstiftung und Beihilfe zu Straftaten dringend verdächtig. Die Anzeige stammt von einem CDU-Mitglied aus Sachsen.**

Das Schreiben umfasst vier Seiten und ist pikant: Gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafanzeige wegen des geplanten Ankaufs der Steuersünder-CD gestellt worden. Die Regierungschefin sei der Anstiftung und Beihilfe zu Straftaten dringend verdächtig, behauptet der Dresdner Rechtsanwalt Frank Hannig in seiner per Fax an die Ermittlungsbehörde übermittelten Anzeige.